



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistafel 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 22. bis 28. August 1920
ist die Beitragsmarke in das mit 35 bezeich-
nete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der Posten des Gauleiters für den neugebildeten Gau Leipzig ist durch den Kollegen Walter Meyer, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, besetzt worden, der sein Amt bereits angetreten hat. Seine Anstellung erfolgte auf Grund des Urwahlergebnisses im Gau Leipzig. Den übrigen Bewerbern, die keine Berücksichtigung finden konnten, besten Dank.

Zu den von der Zahlstelle Augsburg beschlossenen Ortsbeiträgen, die ab 1. Oktober 1920 beitragen sollen in der 1. Klasse 20 Pfg., 2. Klasse 30 Pfg., 3. und 4. Klasse 50 Pfg. gibt der Verbandsvorstand seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.

F. A.: E. Horne, 2. Verbandsvorsitzender.

Kapitalistischer Raubbau.

Der größte und schlimmste Vorwurf, den man dem Kapitalismus machen kann, ist der, daß er Raubbau getrieben hat an Menschkraft, Menschengesundheit und Menschenglück. Seitdem er seine Herrschaft angetreten hat im Wirtschaftsleben, ist er in der rücksichtslosesten Weise vorgegangen, um auf Kosten fremder Arbeit seiner Erwerbshierarchie zu frönen. In seiner Blütezeit, als er noch schrankenlos schalten und walten konnte, hat er ganze Generationen zugrunde gerichtet, und erst von der Zeit an, als das organisierte Proletariat anfang, eine Macht zu werden, mit der Staat, Gesellschaft und Unternehmertum rechnen mußten, gelang es allmählich, dem Kapital seine Raubtierkrallen zu beschneiden. Wäre dies nicht geschehen, hätte die kapitalistische Erwerbshierarchie sich ungehindert noch Herzgenuss ausleben können, die gesamte arbeitende Menschheit wäre körperlich und geistig entartet und in den Sumpf des Elends versunken. Es wird immer ein Ruhmesblatt des zum Klassenbewußtsein erwachten Proletariats bleiben, daß es den Kampf aufgenommen hat gegen den kapitalistischen Raubbau am Menschentum, und nur mit Dankbarkeit können wir unserer Vorkämpfer gedenken, die ihre Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern aus dem Schlummer aufgeweckt und zum Kampf für eine bessere Lebenshaltung aufgerufen haben. Besonders die deutsche Arbeiterbewegung, die unter den schwierigsten Verhältnissen, unter unfähigen Mühen und Opfern für die Befreiung der Menschheit aus dem Joch des menschenmörderischen Kapitalismus eingetreten ist, kann stolz darauf sein, das Banner voraufgetragen zu haben in diesem Kampf, der ein Kulturkampf im wahrsten Sinne des Wortes ist.

Am deutlichsten tritt die unheilvolle Wirkung der entsetzlichen kapitalistischen Selbstsucht zutage in der Art und Weise, wie das Unternehmertum mit den Kindern und den Frauen umspringen ist. Während des ganzen Mittelalters kannte man keine gewerbliche Frauen- und Kinderarbeit. Allerdings

wurden im Hauswesen und in der Landwirtschaft Frauen und Kinder beschäftigt, aber in den Gewerben und im Handel spielten sie keine Rolle. Das wurde mit einem Schläge anders, als der kapitalistische Großbetrieb auftrat und den handwerksmäßigen Kleinbetrieb immer mehr verdrängte. Zuerst entstanden die Manufakturen, d. h. Großbetriebe ohne Maschinen, in denen zahlreiche Menschen gemeinsam, nach einem bestimmten Plan, beschäftigt wurden. Sodann kamen mit der Erfindung der Dampfmaschine und der verschiedenen Arbeitsmaschinen die Fabriken auf, in denen nach den Worten eines begeisterten Lobredners des Kapitalismus, „König Dampf Millionen seiner Sklaven um sich versammelte“. Das Kapital erblickte nunmehr seinen Vorteil darin, die Arbeit der erwachsenen Männer durch Frauen- und Kinderarbeit zu ersetzen und dadurch die Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz wesentlich zu verschlechtern. Die Frauen und Kinder waren billiger und williger als die erwachsenen männlichen Arbeiter, und dadurch wurden sie zu Schmutzkonkurrenten der Hollarbeiter. Die Unternehmer stellten mit Vorliebe die billigen Arbeitskräfte ein und warfen die erwachsenen männlichen Arbeiter auf die Straße. Es dauerte nicht lange, so wurden Millionen von Frauen und Kindern in den Großbetrieben und in der Heimindustrie beschäftigt, was eine Herabdrückung der Löhne zur notwendigen Folge hatte.

Die wirtschaftliche Folge dieser Umwälzung auf dem Arbeitsmarkt, die in den Reihen der erwachsenen männlichen Arbeiter steigende Erbitterung erzeugte, wurde noch übertroffen durch die schlimmen Folgen der Frauen- und Kinderarbeit für die Gesundheit, die Sittlichkeit und das Wohlergehen der heranwachsenden Geschlechter. Ungeachtete Kinder wurden vorzeitig körperlich und geistig zugrunde gerichtet, Millionen unentwickelter Menschenknospen wurden gepflegt, ehe sie aufgeblüht waren. Welch ungeheurer Schaden dadurch der Kulturmenschheit zugefügt worden ist, läßt sich kaum ermessen, ganz abgesehen von den körperlichen und seelischen Leiden, das über diese armen Kinder gebracht worden ist. Nicht nur die gesundheitliche Entwicklung der künftigen Menschheit wurde aufs schwerste geschädigt — ein Schaden, der niemals wieder gut gemacht werden kann — sondern auch die geistige und sittliche Entwicklung wurde in schrecklicher Weise gehemmt. Die Art und Weise, wie das Kapital an den kommenden Geschlechtern gefrevelt hat, muß die Empörung eines jeden Menschenfreundes erregen.

Auch die gewerbliche und industrielle Frauenarbeit hat der Menschheit unbeschreiblichen Schaden zugefügt. Die Frauen haben ja neben ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit noch andere Aufgaben sozialer Art zu erfüllen. Sie sind die Trägerinnen und die Gebärerinnen der kommenden Geschlechter, sie sollen gesunde, kräftige Kinder ins Leben setzen und sie zu körperlich und geistig tüchtigen Menschen erziehen. Dazu sind sie natürlich nicht imstande, wenn sie gezwungen sind, Erwerbsarbeit zu leisten und sich in einer beruflichen Tätigkeit aufzuwiegen. Ein junges Mädchen, das jahrelang tagaus, tagein schwere, manchmal noch ungesunde Arbeit verrichten muß, wird dadurch für den Beruf als Mutter unfähig gemacht, und eine Frau, die regelmäßig mit Arbeit überbürdet wird, kann ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter nicht erfüllen. Die geistige und körperliche Entartung zahlreicher Kinder, die verwahrloßt werden, und der Verfall unseres Familienlebens sind sprechende Beweise für die schlimmen Folgen

kapitalistischer Ausbeutung. Es klingt wie ein bitterer Hohn, wenn der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht wird, daß sie Ehe und Familie vernichten wolle, während es in Wirklichkeit der Kapitalismus ist, der das Familienleben zerrüttet und das Heim des Proletariats verödet. Die Wahrheit dieser Behauptung ist jedem unserer Kollegen aus eigener Anschauung bekannt. Das Elend vieler Proletarierfamilien, in denen die Frau und die Kinder Erwerbsarbeit betreiben müssen, schreit geradezu zum Himmel.

Der kapitalistische Raubbau an Frauen und Kindern verflücht nicht nur gegen die Gerechtigkeit und der Sittlichkeit, er richtet nicht nur unersetzlichen Schaden an in gesundheitlicher und kultureller Beziehung, sondern er tritt auch die Grundsätze einer vernünftigen Wirtschaftlichkeit mit Füßen. Die Art und Weise, wie das Kapital mit der Arbeitskraft der Frauen und Kinder umgeht, ist unvernünftig und unwirtschaftlich, weil dadurch wirtschaftliche Werte vernichtet werden, die erst später Früchte bringen sollen. Man lege sich nur einmal folgende Fragen vor: Welcher vernünftige Unternehmer würde wohl eine hochträgliche Stute oder Kuh mit schwerer Arbeit überbürden, auf die Gefahr hin, das künftige Füllen oder Kalb in seiner Entwicklung zu schädigen? Das tut ein wirtschaftlich denkender Mensch nicht, weil er seinen Vorteil darin erblickt, auf die Tiere, die erst geboren werden sollen, Rücksicht zu nehmen. Warum aber, so fragen wir, entbietet sich ein Unternehmer nicht, schwangere Arbeiterfrauen in der schlimmsten Art zu belasten? Welche Rücksichtnahme auf die ungeborenen Kinder? Welcher Besitzer eines Füllens oder eines Kalbes würde diese Tiere wohl zu schwerer Arbeit anhalten und sie dadurch vorzeitig zugrunde richten? Das tut kein vernünftiger Mensch, denn er weiß, daß diese Tiere ihm erst später Nutzen bringen werden. Warum aber, so fragen wir wieder, werden alljährlich Hunderttausende von unentwickelten Kindern durch schwere, ungesunde Arbeit körperlich und geistig zugrunde gerichtet?

Die Antwort auf diese Fragen, die wie eine Anklage klingen, lautet folgendermaßen: In der kapitalistischen Wirtschaftsweise haben Tiere und Sachen einen Wert, denn sie müssen für Geld gekauft werden, die Arbeiter und Arbeiterinnen, also lebende Menschen, haben keinen Wert, denn sie stehen dem Kapitalisten in beliebiger Menge zur Verfügung, er braucht nur zuzugreifen, und er hat soviel, wie er gebraucht. Darum schont er die Tiere und Sachen, Maschinen, Werkzeuge, Anlagen, und Rohstoffe, weil er für sein schönes Geld neue an-schaffen muß, wenn er die alten leichtsinnigerweise zugrunde gerichtet hat, aber er geht rücksichtslos um mit den Menschen, weil ihm die Erziehung des aufgebrauchten Menschen durch einen neuen keinen Pfennig Kosten verursacht. Das ist das Geheimnis des kapitalistischen Raubbaues, das ist die Ursache der Vernichtung ungezahlter Menschen durch den Kapitalismus.

Aus der Erkenntnis der Tatsache, daß das Kapital ein Verbrechen begeht an der Menschheit, indem es Frauen und Kinder ausbeutet, entspringt die Empörung der denkenden Proletarier über die moderne kapitalistische Wirtschaftsweise und zugleich das Bestreben, dieser Ausbeutung einen Diegel vorzuschieben. Die Gesundung unseres Familienlebens ist eins der wichtigsten Ziele der Arbeiterbewegung.

Die Stilllegung der ehemaligen Hofbuchdruckerei Julius Sittenfeld.

Am 27. August 1920 wird die Buchdruckerei Julius Sittenfeld für immer ihre Pforten schließen. Ein fast 100jähriges Unternehmen, das Generationen hindurch seinen Arbeitern und Angestellten Existenz- und Lebensmöglichkeiten gewährt hatte, scheidet damit für immer aus dem graphischen Gewerbe aus. Es handelt sich hier um eine bestens renommierte Firma, die dank der Leistungsfähigkeit ihrer hochqualifizierten Arbeiterschaft einen Weltruf genoss. Diese modern eingerichtete, leistungsfähige Großdruckerei, die vorwiegend mit amtlichen und behördlichen Aufträgen reichlich bedacht wurde, soll am genannten Tage stillgelegt d. h. zertrümmert werden, weil — ja, weil der letzte Prinzipal, ein Generalmajor a. D., dem durch eine Erbschaft dieses Unternehmens mühelos in den Schoß fiel, einfach keine Lust und kein Interesse daran hat, den Betrieb weiterzuführen.

Da die Stilllegung der Druckerei Sittenfeld über die Grenzen Berlins hinaus berechtigtes Aufsehen erregte, soll im nachfolgenden in gedrängter Kürze und chronologischer Reihenfolge der vergangene Kampf, den der Betriebsrat im Interesse der Erhaltung des Betriebes vor allen maßgebenden Instanzen durchgeföhrt hat, geschildert werden. Schon im Mai—Juni waren Gerüchte im Umlauf, daß der Betrieb verkauft werden sollte. Als der Betriebsrat deshalb vorstellig wurde, wurde ihm seitens der Geschäftsleitung beruhigend versichert, daß sich die Verkaufsverhandlungen zerschlagen hätten. Bei neuen Verkaufsverhandlungen sollte hier von der Betriebsrat rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden. Wie diese „rechtzeitige“ Information ausfiel, das haben wir erst später, als es nicht mehr zu retten gab, erfahren. Ein paar Wochen später wurde der Betriebsrat von der Geschäftsleitung davon in Kenntnis gesetzt, daß wegen angeblichen „Arbeitsmangel“ Entlassungen notwendig werden. Vor dem von uns angerufenen Schlichtungsausschuß kam eine Einigung in dieser Woche dahin zustande, daß der Geschäftsleitung zugestanden wurde, Entlassungen bis zur Höchstzahl von 80 Köpfen vorzunehmen. Als Abfindung sollte jeder der zu Entlassenden einen halben Wochenlohn erhalten. Der Betriebsrat war damals im Interesse des Betriebes mit dieser Regelung einverstanden. Heute allerdings wissen wir, daß die Geschäftsleitung den Betriebsrat sowohl wie den Schlichtungsausschuß geschickt dupiert hat. In Wirklichkeit lagen die Dinge so, daß die Geschäftsleitung, wie wir erst später feststellen konnten, zum Teil größere Druckaufträge ablehnte, zum Teil ließ sie ihre Druckerarbeiten in einer anderen Berliner Druckerei herstellen, während im eigenen Betriebe die Maschinen stillstanden.

Am 3. 7. wurde dem Betriebsrat von der Geschäftsleitung kurz und bündig mitgeteilt, daß eben das gesamte Inventar, Maschinenpark usw. an eine Bank verkauft und der Betrieb am 31. 8. endgültig stillgelegt werde. Der Betriebsrat ergriff sofort

Gegenmaßnahmen. Bereits am 6. 7. fand unter Hinzuziehung aller in Betracht kommenden Organisationsvertreter, von unserer Seite aus nahm Kollege Bloth daran teil, eine Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar statt. Der Chef der Firma begründete die Stilllegung des Betriebes damit, daß der Betrieb in den letzten 11 Jahren nur einen Durchschnittsgewinn von 36 500.— M. abgeworfen hätte und eine Weiterführung des Betriebes bei den jetzigen unsicheren wirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnissen, „hohen Löhnen“ und so weiter, nicht mehr rentabel sei. Als die angebliche Unrentabilität des Betriebes seitens des Betriebsrats und der Organisationsvertreter stark angezweifelt wurde, kam seitens des Geschäftsführers das interessante Eingeständnis, daß die Firma gezwungen war, um überhaupt Aufträge hereinzubekommen, unterm Druckpreisetarif zu arbeiten! B. V. weigerten sich die Behörden, den Druckaufschlag von 700 Proz. zu zahlen. Speziell der Unterstaatssekretär Penzold weigerte sich, bei Vergütung von Druckaufträgen mehr als 300 Proz. Aufschlag zu bewilligen. Der Vertreter des Demobilisierungskommissars neigte bei seiner Stellungnahme stark nach der Unternehmenseite hin. Seiner Ansicht nach sei eine Abwanderung der Druckaufträge nach der Provinz unermesslich und wegen der teureren Berliner Produktionsverhältnisse, hervorgerufen durch die „hohen Löhne“, auch schon bereits in vollem Gange. Ihm sei es ganz verständlich, daß die Unternehmer angesichts der ungünstigen gewerblichen Lage lieber ihre Betriebe schließen, als daß sie mit Verlusten weiter arbeiten ließen. Der Betriebsrat verlangte demgegenüber, daß hier mal energisch von oben eingegriffen wird, damit die Unternehmer sich nicht einfach durch Schließung der Betriebe den Folgen der wirtschaftlichen Krise entziehen können und alles Risiko der schlechten Konjunktur auf die ohnehin schon schwerbelastete Arbeiterschaft abwälzen. Nach eingehender, zeitweise recht bewegter Aussprache endigte diese Verhandlung mit folgendem Resultat:

Prüfung der Bilanzen, der technischen und kaufmännischen Verhältnisse der Firma Sittenfeld durch die Preisberechnungsstelle des graphischen Gewerbes in Leipzig oder durch das Tarifamt der deutschen Buchdrucker, um festzustellen, a) ob wirklich nur durchschnittlich ein Gewinn innerhalb der letzten 11 Jahre von 36 500 M. pro Jahr zu verbuchen war, b) ob durch technische oder kaufmännische Fehler nur ein so geringer Uberschuß erzielt worden ist.

Der Demobilisierungskommissar wird nach dem Prüfungsmaterial diejenigen Maßnahmen treffen und Wege beschreiten, die nach folgenden Punkten eventuell gangbar sind:

1. den Kaufvertrag bzw. die Auflösung des Geschäftes eventuell um 5 Monate verschieben;
2. Maßnahmen zu ergreifen, die dem Weiterbestehen des Geschäftes dienlich sind — Selbstbeschaffung;
3. das Reichsarbeitsministerium über die Vorgänge bei Sittenfeld informieren;

4. beanlassen, daß die vorhandenen Arbeiten weiter bei Sittenfeld verbleiben. Die Betriebsleitung soll zu diesem Zwecke dem Demobilisierungskommissar ein Verzeichnis der vorhandenen Arbeiten einreichen.

Kurz darauf wurden vom Gauvorstand der Berliner Buchdrucker der Reichswirtschaftsrat, Reichsarbeitsministerium, sowie das Ministerium für Handel und Gewerbe angegangen, um die Stellen für den Fall Sittenfeld zu interessieren. Am 9. Juli fand dann erneut eine Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar statt unter Leitung des Dipl.-Ing. Herrn Kantorowitsch. Der Herr Demobilisierungskommissar i. V. teilte uns mit, daß er eben eine Besprechung mit der Betriebsleitung gehabt hatte. Das Ergebnis dieser Besprechung ist ein Vergleichsvorschlag, dessen hauptsächlichster Bestandteil folgendes war: Die Arbeiter der Firma Sittenfeld und Carl Heymanns Verlag werden der Firma Paß u. Garleb überwiesen, z. T. auch einer neuen Druckerei, die vom bisherigen technischen Leiter des Betriebes Herr St. neu errichtet wird. Mit Uebernahme der Arbeiten soll so auch gleichzeitig das hierzu nötige Personal mit übernommen werden. Circa 150 bis 200 Mann sollten hierdurch eventuell untergebracht werden. Der Rest sollte eine Abfindungssumme von insgesamt 50 000 M. erhalten. Was auf pro Kopf berechnet ungefähr einen Wochenlohn ausmachte.

Dieser Vergleichsvorschlag war für uns nicht diskutabel. Wiederum traten wir mit aller Schärfe für die Aufrechterhaltung des Betriebes resp. für die Verschiebung des Auflösungsstermins ein. Wir verlangten, daß hier die Behörde schon aus volkswirtschaftlichen Gründen eingreifen müßte. Sollte sich der Unternehmer aus irgendeinem Grunde weigern, den Betrieb weiter zu führen, so müßte er hierzu gezwungen werden. Eventuell müßte der Staat dem Unternehmen aus dem Fonds für gewerbliche Zwecke beizubringen und nach Art der produktiven Erwerbslosenfürsorge durch Ueberweisung von staatlichen und behördlichen Druckaufträgen als Notstandsarbeiten das Unternehmen unterstützen. Vom Vertreter des Demobilisierungskommissars wurde uns entgegengehalten, daß an ein Eingreifen des Staates schon aus Mangel an Geld nicht zu denken sei. Wenn er aber den Betrieb Sittenfeld unter Zwangsverwaltung stellen würde, laufe er Gefahr, daselbe innerhalb der nächsten Wochen mit der halben Berliner Industrie tun zu müssen, weil seiner Ansicht nach die Unternehmer nur darauf warteten, um ihr ganzes Risiko auf den Staat abzuwälzen usw. Außerdem aber sei die „Rechtslage“ so, daß der Unternehmer auch den rentabelsten Betrieb stilllegen könnte, weil auf Grund der derzeitigen Gesetzgebung hiergegen nicht eingeschritten werden könne. Als wir auch auf die Gefahr hinwiesen, daß ein Teil der Maschinen nach dem Auslauf verschoben werden könne, bekamen wir zur Antwort: „Wenn für die Maschinen keine Arbeit da ist, durch deren Verkauf also keine Arbeiter brotlos würden, da sehe er gar nicht ein, weshalb

Immensée.

Von Theodor Storm.

Da stand das Kind am Wege.

Weihnachtsabend kam heran. — Es war noch nachmittags, als Reinhard mit anderen Studenten im Raisskeller am alten Eigentisch zusammen saß. Die Lampen an den Wänden waren angezündet, denn hier unten dämmerte es schon; aber die Gäste waren sparsam verarmelt, die Kellner lehnten müßig an den Mauerpfeltern. In einem Winkel des Gewölbes saßen ein Geigenpieler und ein Bithermädchen mit seinen zigeunerhaften Zügen; sie hatten ihre Instrumente auf dem Schöße liegen und schienen teilnahmslos vor sich hin zu sehen.

Am Studententische knallte ein Champagnerpfropfen. „Trinke, mein böhmisch Liebchen!“ rief ein junger Mann von jungerhaftem Aussehen, indem er ein volles Glas zu dem Mädchen hinüberreichte.

„Ich mag nicht,“ sagte sie, ohne ihre Stellung zu verändern.

„So finge!“ rief der Junker und warf ihr eine Silbermünze in den Schoß. Das Mädchen strich sich langsam mit den Fingern durch ihr schwarzes Haar, während der Geigenpieler ihr ins Ohr flüsterte; aber sie warf den Kopf zurück und stützte das Kinn auf ihre Bither. „Für den Spiel' ich nicht,“ sagte sie.

Reinhard sprang mit dem Glase in der Hand auf und stellte sich vor sie.

„Was willst du?“ fragte sie trohig.

„Deine Augen sehen.“

„Was gehen dich meine Augen an?“

Reinhard sah funkelnd auf sie nieder. „Ich weiß wohl, sie sind falsch!“ — Sie legte ihre Wange in die flache Hand und sah ihn lauend an. Reinhard hob sein Glas an den Mund. „Auf deine schönen, süßhaften Augen!“ sagte er und trank.

Sie lachte und warf den Kopf herum. „Gib!“ sagte sie, und indem sie ihre schwarzen Augen in die seinen heftete, trank sie langsam den Rest. Dann griff sie einen Dreiflang und sang mit tiefer, leidenschaftlicher Stimme:

„Heute, nur heute
Bin ich so schön;
Morgen, ach morgen
Muß alles vergehn!

Nur diese Stunde
Bist du noch mein;
Sterben, ach sterben
Soll ich allein.“

Während der Geigenpieler in raschem Tempo das Nachspiel einsetzte, gestellte sich ein neuer Anstömmling zu der Gruppe.

„Ich wollte dich abholen, Reinhard,“ sagte er. „Du warst schon fort; aber das Christkind war bei dir eingeklehrt.“

„Das Christkind?“ sagte Reinhard, „das kommt nicht mehr zu mir.“

„Et was! Dein ganzes Zimmer roch nach Tannenbaum und braunem Ruchen.“

Reinhard setzte das Glas aus der Hand und griff nach seiner Mütze.

„Was willst du?“ fragte das Mädchen.

„Ich komme schon wieder.“

Sie runzelte die Stirn. „Weiß!“ rief sie leise und sah ihn vertraulich an.

Reinhard zögerte. „Ich kann nicht,“ sagte er. Sie stieß ihn lachend mit der Fußspitze. „Geh!“ sagte sie. „Du tust's nicht; ich tauge alle miteinander nichts.“ Und während sie sich abwandte, stieg Reinhard langsam die Kellertreppe hinauf.

Draußen auf der Straße war es tiefe Dämmerung; er fühlte die frische Winterluft an seiner heißen Stirn. Die und da fiel der helle Schein eines brennenden Tannenbaumes aus den Fenstern, dann und wann hörte man von drinnen das Geräusch von kleinen Pfeifen und Blechtrumpeten und dazwischen jubelnde Kinderstimmen. Scharen von Bettelkindern gingen von Haus zu Haus oder stiegen auf die Treppengeländer und suchten durch die Fenster einen Blick in die verlagte Herrlichkeit zu gewinnen. Mitunter wurde auch eine Tür plötzlich aufgerissen, und scheltende Stimmen trieben einen ganzen Schwarm solcher kleinen Gäste aus dem hellen Hause auf die dunkle Gasse hinaus; anderswo wurde auf dem Haussflur ein altes Weihnachtslied gesungen; es waren klare Mädchenstimmen darunter. Reinhard hörte sie nicht, er ging rasch an allem vorbei, aus einer Straße in die andere. Als er an seine Wohnung gekommen, war es fast völlig dunkel geworden; er stolperte die Treppe hinauf und trat in seine Stube. Ein süßer Duft schlug ihm entgegen; das heimelte ihn an, das roch wie zu Haus der Mutter Weihnachtsstube. Mit zitternder Hand zündete er sein Licht an; da lag ein mächtiges Paket auf dem Tisch, und als er es öffnete, fielen die wohlbekanntesten braunen Feststuden heraus; auf einigen waren die Anfangsbuchstaben seines Namens in Zucker ausgestreut; das konnte niemand anders als Elisabeth getan haben. Dann kam ein Päckchen mit seiner gestickten Wäsche

er für diese Maschinen keine Ausführerlaubnis erteilen sollte, denn dadurch würde sich ja unsere Existenz heben."

Diese Verhandlung endigte damit, daß sich der Betriebsrat bereit erklärte, den oben erwähnten Vergleichsvorschlag in einer schleunigst einzuberufenden Betriebsversammlung dem Personal vorzulegen. Die betreffende Betriebsversammlung lehnte den Vorschlag des Demobilisationskommissars einstimmig ab. Bei der nächsten Verhandlung wurde es von dem Herrn Demobilisationskommissar aufs lebhafteste bedauert, daß das Personal so wenig „Verständnis“ für seinen Vergleichsvorschlag bewiesen hätte. Er stellte dem Betriebsrat anheim, nun selbst zu tun, was er für nützlich hält, seine Kunst sei augenblicklich zu Ende. Nochmals wurde Reichswirtschaftsrat und Reichswirtschaftsministerium angegangen. Auch mit dem Reichspost- und Finanzministerium setzte sich der Betriebsrat in Verbindung, um diese Instanzen für eine event. Angliederung unseres Betriebes an die Reichsdruckerei zu interessieren. Aber alle Verhandlungen endigten ergebnislos. Keine dieser Instanzen konnte den Betriebsverkauf rückgängig machen, alle Behörden mußten die „Rechtslage“ respektieren. Im Reichstage sprachen wir mit Rudolf Wissell, der schon am 1. Juli im vorläufigen Reichswirtschaftsrat einen Antrag gegen die Stilllegung von Betrieben eingebracht hatte. Er setzte uns davon in Kenntnis, daß bereits ein Gesetz im Werden begriffen ist, demzufolge bei zukünftigen Stilllegungen, Betriebsbeschränkungen usw. immer erst hierzu die Genehmigung eingeholt werden muß, der Genehmigung geht aber eine eingehende Prüfung der Betriebsverhältnisse voraus. Allerdings hätte dieses Gesetz, falls es überhaupt zustande käme, keine rückwirkende Kraft wegen der ungeheuren Konsequenzen, die das nach sich zöge. Mithin wäre auch in unserem Falle nicht mehr zu helfen.

Damit hatten wir den „berühmten“ deutschen „Instandsetzungs“ bis zur letzten Station durchlaufen. Es gab überhaupt zwischen Himmel und Berliner Apparat keine für uns in Betracht kommende Instanz mehr, die der Betriebsrat und die Organisationsvertreter nicht schon „abgelöst“ hatten. Inzwischen wurde der Chef der Firma, gestützt auf sein „gutes Recht“, pampig, wie der Berliner zu sagen pflegt, indem er 50 Mann als „erste Rate“ rauszuschmeißen drohte. Wieder traten wir den Weg zum Demobilisationskommissar an, um diese Provokation der Geschäftsleitung rückgängig zu machen. Dies gelang uns auch, aber nur unter folgender Bedingung: Der Betriebsrat sollte sich in einer schleunigst einzuberufenden Betriebsversammlung Vollmacht geben lassen, um endlich diese Angelegenheit, bei der es nach Ansicht des Demobilisationskommissars infolge der unangreifbaren „Rechtslage“ doch nichts mehr zu retten gab, zum Abschluß zu bringen. Diese Vollmacht wurde uns erteilt und so fand denn die letzte entscheidende Verhandlung am 30. Juli im Reichsarbeitsministerium statt.

Bei dieser Verhandlung mußte die präziseste gestellte Anfrage, ob das Reichsarbeitsministerium

überhaupt in der Lage wäre, hier zugunsten der Arbeiter einschreibend einzugreifen, mit dem Hinweis auf die satzungsbekanntete „Rechtslage“ verneint werden. Nach zirka fünfjüngiger Verhandlung, in der die Absicht der Geschäftsleitung, das Personal auf allem Schaden auch noch bis zum Schluß verfürzt arbeiten zu lassen, bereitwillig wurde, kam eine Einigung auf folgender Basis zustande: Das gleichzeitig mit den Druckaufträgen nach der Firma Paß u. Garbe überzuliefernde Personal wird mit seinen alten Rechten übernommen. Ungefähr 80 bis 150 Mann kämen hierfür in Frage, d. h. die Dienstjahre, die die betreffenden Arbeiter bei der Firma Sittenfeld abdiene haben, werden ihnen bei der neuen Firma bei der Ferienbemessung mit angerechnet. Der nicht unterzubringende Rest wird am 20. August zum 27. August gekündigt und erhält als Abfindung pro Kopf 200,— Mk. und für jedes angefangene Dienstjahr 50,— Mk. Ferner wurde noch im Schlußprotokoll festgelegt, daß, falls durch die von uns beantragte und auch zugestandene Betriebsprüfung sich ein Einpruchsrecht der Arbeitnehmer gegen die Entlassungen ergeben sollte, dieses Einpruchsrecht durch diese Vereinbarungen nicht berührt wird.

Damit war das Schicksal dieses fast 100-jährigen lebenskräftigen und entwicklungsfähigen Betriebes besiegelt. Wir hatten aus prinzipiellen Gründen im Interesse des graphischen Gewerbes den ganzen Instanzengang erschöpft, um mal zu sehen, wie weit, auf gut deutsch gesagt, die Gemeinheit geht. Wir wollten in diesem Falle mal eingehend prüfen, wie weit es überhaupt möglich ist, mit Hilfe der jetzigen Gesetze gegen die das deutsche Wirtschaftsleben ruinierenden Sabotageakte der Unternehmer erfolgreich einzuschreiten. Wir haben das bittere Gefühl kennen gelernt, was es heißt, für die in ihrer Existenz bedrohten Arbeiter einen aussichtslosen Kampf zu führen. Ausschichtslos deshalb, weil infolge der privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der hieraus resultierenden Gesetzgebung alle wirtschaftlichen und politischen Machtmittel und die sich hieraus ergebenden Vorteile auf Seiten der Besitzenden liegen, so daß das Unternehmertum, gestützt auf die von ihm beherrschte politische Gesetzgebung, hemmungslos seine volksausbeutende Diktatur des Kapitals über die arbeitenden Massen ausüben kann.

Berlin.

Paul Wanselow.

Warum Reichstarif im Steindruck?

Der Frankfurter Verbandstag hat sich mit 86 Stimmen, darunter die zwei Berliner Gauleiter, gegen zwölf der sogenannten Opposition angehörende Berliner Kollegen entschieden für die Politik der Tarifgemeinschaften. Der beabsichtigten Schaffung eines Manteltarifes für das gesamte graphische Gewerbe gab er ebenfalls seine Zustimmung. Wir sehen gewiß in den Tarifverträgen kein Allheilmittel, aber momentan sind doch wohl die Verträge geeignet, der Arbeiterschaft auch unseres Gewerbes

Vorteile zu bringen. Nun haben wir ja bereits eine Anzahl von Oristarifen im Steindruckgewerbe, in manchen Orten auch einheitliche Löhne, die für das Buch- und Steindruckhilfspersonal Geltung haben. Jedenfalls wohl der ideale Zustand, wenn kein Unterschied gemacht wird in der Entlohnung zwischen beiden Branchen. Der angeführte Manteltarif bringt uns ja ein gut Stück diesem Ziele näher. Wie die Dinge jetzt liegen, sind sie ja auf die Dauer unhaltbar. Bei allen Verhandlungen wurden bisher von beiden Seiten immer mit mehr oder weniger Geschick die verschiedenen örtlichen Löhne gegeneinander ausgepielt. Tatsächlich sind ja im Steindruck die Löhne in den einzelnen Druckorten sehr von einander abweichend. Bei den Gehältern betragen sie ungefähr zwischen dem kleinsten Ort und der größten Druckstadt 20,— Mk. pro Woche, während bei unseren Anlegerinnen manchmal ein Lohnunterschied von mehr als 30,— Mk. wöchentlich zu verzeichnen ist; noch schlimmer ist es beim männlichen Hilfspersonal. Es kann eingewendet werden, daß diese Lohnunterschiede auch im Buchdruck bestehen und bei den Buchdruckern noch viel krasser in Erscheinung treten als bei den Steindruckern. Dabei ist aber nicht außer acht zu lassen, daß das Steindruckgewerbe in der Hauptfache Exportindustrie ist, wenig für den Druckort herstellt, während der kleine Buchdruckort meistens den lokalen Bedarf deckt durch Zeitungen und Drucksachen.

Ueber die großen Lohnunterschiede beim Hilfspersonal klagen aber auch die Steindruckprinzipale. Eine sinnige Firma in einem Druckort Thüringens macht durch Zirkulare ihre verehrlichen Abnehmer und vor allem die, die es werden sollen, darauf aufmerksam, daß sie durch niedrige Löhne insandane sei, billiger zu liefern wie die größeren Druckorte. Schön, werden unsere Mitglieder sagen, was geht das uns an? Ist Sache der Prinzipale und deren Organisation. Aber haben wir nicht auch ein Interesse daran, daß die Arbeit nicht abwandert nach der sogenannten Provinz und unsere Kollegenchaft der Großstädte sich dann anderen Verursachern zuwenden muß oder gar zum Lohnrücker wird?

Warum die Löhne im Steindruck so grundverschieden sind, ist ja den Kennern unserer Bewegung klar. Das Steindruckhilfspersonal war schon immer schwerer zu organisieren und hielt wenig Stand. Bei allen Rückschlagen, die die Branche betrafen, wurde der größte Teil der Mitglieder wieder fahnenflüchtig, so 1912 nach dem verlorenen Kampf und auch bei Kriegsbeginn nach Empfang der Unterstützungen. Dazu kam, daß im Steindruck ein sehr gut organisiertes Unternehmertum vorhanden ist, dem vor der Neuorientierung alle Tarife ein Grauel waren. Sie versuchten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft niederzulegen, mit brutaler Macht Lohnbewegungen zu ersticken, durch Schaffung von gelben Vereinigungen und Massenziehung von sogenannten „Oberrn“ Streit und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterschaft zu bringen und hatten leider auch

zum Vorschein, Lächer und Manschetten, zuletzt Briefe von der Mutter und von Elisabeth. Reinhard öffnete zuerst den letzteren; Elisabeth schrieb: „Die schönen Zuckerbuchstaben können dir wohl erzählen, wer bei den Kuchen mitgeholfen hat; dieselbe Person hat die Manschetten für dich gestickt. Bei uns wird es nun Weihnachtabend sehr still werden; meine Mutter stellt immer schon um halb zehn ihr Spinnrad in die Ecke; es ist gar so einsam diesen Winter, wo du nicht hier bist. Nun ist auch vorigen Sonntag der Hähnling gestorben, den du mir geschenkt hattest; ich habe sehr geweint, aber ich hab' ihn doch immer gut gewartet. Der sang sonst immer nachmittags, wenn die Sonne auf sein Dauer schien; du weißt, die Mutter hing oft ein Tuch über, um ihn zu geschweigen, wenn er so recht aus Kräften sang. Da ist es nun noch stiller in der Kammer, nur das beim alten Freund Erich uns jetzt mitunter besucht. Da sagtest einmal, er sähe seinem braunen Ueberrock ähnlich. Daran muß ich nun immer denken, wenn er zur Tür hereinkommt, und es ist gar zu komisch; sag es aber nicht zur Mutter, sie wird dann leicht verdrießlich. — Rat, was ich deiner Mutter zu Weihnachten schenke! Du rätest es nicht? Mich selber! Der Erich zeichnet mich in schwarzer Kreide; ich habe ihm schon dreimal sitzen müssen, jedesmal eine ganze Stunde. Es war mir recht zuwider, daß der fremde Mensch mein Gesicht so auswendig lernte. Ich wollte auch nicht, aber die Mutter redete mir zu; sie sagte, es würde der guten Frau Werner eine gar große Freude machen.“

Aber du hältst nicht Wort, Reinhard. Du hast keine Mädchen geschickt. Ich habe dich oft bei deiner Mutter verklagt; sie sagt dann immer, du

habest jetzt mehr zu tun als solche Kindereien. Ich glaub' es aber nicht; es ist wohl anders.“

Nun las Reinhard auch den Brief seiner Mutter, und als er beide Briefe gelesen und langsam wieder zusammengefasst und weggelegt hatte, überfiel ihn unerbittliches Heimweh. Er ging eine Zeitlang in seinem Zimmer auf und nieder; er sprach leise und dann halbverständlich zu sich selbst:

„Er wäre fast verirrt
Und wußte nicht hinaus;
Da stand das Kind am Wege
Und winkte ihm nach Haus!“

Dann trat er an sein Kuhl, nahm einiges Geld heraus und ging wieder auf die Straße hinab. — Hier war es mittlerweile stiller geworden; die Weihnachtsbäume waren ausgebrannt, die Umzüge der Kinder hatten aufgehört. Der Wind segte durch die einsamen Straßen; Alte und Junge saßen in ihren Häusern familienweise zusammen; der zweite Abschnitt des Weihnachtsabends hatte begonnen. —

Als Reinhard in die Nähe des Ratskellers kam, hörte er aus der Tiefe heraus Geigenklänge und den Gesang des Zithermädchens; nun klingelte unten die Kellertür, und eine dunkle Gestalt schwankte die breite, matt erleuchtete Treppe herauf. Reinhard trat in den Gäulertüren und ging dann rasch vorüber. Nach einer Weile erreichte er den erleuchteten Laden eines Juweliers; und nachdem er hier ein kleines Kreuz von roten Korallen eingehandelt hatte, ging er auf demselben Wege, den er gekommen war, wieder zurück.

Nicht weit von seiner Wohnung bemerkte er ein kleines, in klägliche Lumpen gehülltes Mädchen an einer hohen Haustür stehen, in vergeblicher We-

mühung sie zu öffnen. „Soll ich dir helfen?“ sagte er. Das Kind erwiderte nichts, ließ aber die schwere Türflinte fahren. Reinhard hatte schon die Tür geöffnet. „Nein“, sagte er, „sie könnten dich hinausjagen; komm mit mir! Ich will dir Weihnachtstuchen geben.“ Dann machte er die Tür wieder zu und sagte das kleine Mädchen an der Hand, das stillschweigend mit ihm in seine Wohnung ging. —

Er hatte das Licht beim Weggehen brennen lassen. „Hier hast du Kuchen“, sagte er und gab ihr die Hälfte seines ganzen Schazes in ihre Schürze, nur keine mit den Zuckerbuchstaben. „Nun geh nach Hause und gib deiner Mutter auch davon.“ Das Kind sah mit einem schänen Blick zu ihm hinauf; es schien solcher Freundlichkeit ungewohnt und nichts darauf erwidern zu können. Reinhard machte die Tür auf und leuchtete ihr, und nun flog die Kleine wie ein Vogel mit ihren Kuchen die Treppe hinab und zum Hause hinaus.

Reinhard schürzte das Feuer in seinem Ofen an und stellte das bestaubte Tintenfaß auf seinen Tisch; dann setzte er sich hin und schrieb, und schrieb die ganze Nacht Briefe an seine Mutter, an Elisabeth. Der Rest der Weihnachtskuchen lag unberührt neben ihm; aber die Manschetten von Elisabeth hatte er angeknüpft, was sich gar wunderbar zu seinem weißen Flausbrod ausnahm. So sah er noch, als die Winter Sonne auf die gefrorenen Fensterscheiben fiel und ihm gegenüber im Spiegel ein blaßes, ernstes Antlitz zeigte.

(Fortsetzung folgt.)

gewisse Erfolge zu verzeichnen. Nun hat sich ja alles, alles gewendet, die Arbeiterchaft wird aber wachsam sein, denn noch immer besteht der Schutzverband zum Schutze der Unternehmer. Ein Reichstaxitarif würde nach meiner Auffassung beiden Teilen nützen durch Festlegung bestimmter Löhne, die praktisch wohl dem Gehilfenstand mit kleinen prozentualen Abstrichen anzupassen wären. Die Arbeiterchaft der kleinen Orte würde unvertretbar Vorteile haben, da sie durch Einzelgehobebewegungen, Verhandlungen bei den Schlichtungsinstanzen, selbst Streiks sich immer wieder den örtlichen Verhältnissen mit den Löhnen anpassen müßten. Die Unternehmer hätten die Schmuckkonkurrenz nicht mehr so zu fürchten, und das gegenseitig so beliebte „Weghischen“ der Kunden dürfte mehr unterbunden werden.

Wenn sich die Kollegenschaft in Versammlungen mit dem Thema befaßt, so ist der Zweck dieser Zeilen erreicht. Haben wir unter uns Klarheit und den besten Willen, etwas zu schaffen für unsere Mitglieder im Steindruck, so finden wir auch den Weg.

Kärnberg. Karl Redling.

Aus unseren Zahlstellen.

Erfurt. Ähnlich wie in Saalfeld war unsere Taktik auch hier falsch. Augenblickliche Konjunktur und Streit sollten einander anschließende Begriffe sein. Wie gewöhnlich kam es anders. Nach eintägigem Ausstand wurden für Männliche 15 bis 25% für Weibliche 6 bis 28 Mfr. pro Woche erreicht. Auf die Durchführung des Bezirkstarifs wurde zurzeit aus besonderen Gründen unsererseits verzichtet. Sichtlich der Löhne ist aber nur noch Unwesentliches bei den Weiblichen, größere Differenzen dagegen bei den Männlichen nachzuholen. Zielklarer Wille und Disziplin, unbeeinträchtigt durch pathetische Schlagworte, trugen ihre Frucht.

Chemnitz. In der am 27. Juli stattgefundenen gutbesuchten Mitgliederversammlung erstattete unser Delegierter, Kollege Hindewirth, Bericht vom Verbandstage. Er berichtete hauptsächlich über die drei Hauptpunkte: Tätigkeit des Verbandsvorstandes resp. Geschäftsbericht, Lohn- und Tarifbewegung und Statutenberatung. Dies seien die Kernfragen des Verbandstages gewesen. Er begründete seine Stellungnahme, weshalb er für das Vertrauensvotum des Verbandsvorstandes gestimmt habe. Auch gab er einen Umriss über den Standpunkt der sogenannten Opposition, die sich gleich von vornherein festgelegt habe, geschlossen Opposition auf alle Fälle zu treiben. Diese Geschlossenheit habe jedoch nicht lange Stand gehalten. Trotz lebhafter Aussprache erklärte man sich einmütig mit den gefassten Beschlüssen sowie mit dem vertretenen Standpunkt und Verhalten des Delegierten einverstanden.

Darmstadt. Am 27. Juli erstattete Kollege Menges in einer Mitgliederversammlung Bericht vom 7. Verbandstage. In längeren Ausführungen schilderte er den Gang der Verhandlungen. Besondere Genugtuung fanden die Ausführungen des Kollegen Menges über die gemeinsame Zusammenarbeit aller graphischen Verbände zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Gewerbe. Die Versammlung erblüht in der Tarifpolitik des Hauptvorstandes den einzig richtigen Weg und spricht der Verbandsleitung ihr volles Vertrauen aus. Sie erklärt sich mit der Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungslöhne einverstanden und ist gewillt, an dem Ausbau unserer Organisation nach Kräften mitzuwirken. Die Versammlung erkennen die Notwendigkeit aller Beschlüsse des 7. Verbandstages in vollem Umfange an und verpflichten sich, diese Beschlüsse zur Ausführung zu bringen.

Gelsenkirchen i. W. Zum ersten Male seit fast zweijährigem Bestehen geben wir auch aus Gelsenkirchen die Kunde, daß der Organisationsgedanke auch hier langsam Fuß zu fassen beginnt. Die Monatsversammlung am Freitag, den 30. Juli, war in Anbetracht der Mitgliederzahl unserer Zahlstelle schlecht besucht. Und doch zeigte es sich gerade in dieser Versammlung, wie nötig es ist, daß sich die Mitglieder reger am Versammlungsleben beteiligen. Denn nur in steter Fühlungnahme mit dem Vorstande und unter sich ist es ihnen möglich, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren und sich vor Nachteil zu schützen. Nach Kenntnisnahme eines Zirkulars unseres Gauleiters Bell, betr. die letzte Steuerungsanlage, mußte der Vorstand leider feststellen, daß es mit der tariflichen Bezahlung vielfach im Argen liegt. Der Vorstand konnte deshalb nicht gründlich eingreifen, weil ihm die Fälle bisher nicht bekanntgegeben worden sind. Nach anregender Aussprache darüber wird der Vorstand versuchen,

die Löhne der Mitglieder genauer unter die Lupe zu nehmen und mit aller Energie dafür einzutreten, daß die Mitglieder das bekommen, was ihnen zusteht. (Hierbei kommt hauptsächlich die Bezahlung der weiblichen Mitglieder in Betracht.) Der Kassenbericht, den die Kassiererin, Fräulein Mohrhäuser gab, zeigte uns u. a., daß die hiesige Zahlstelle in gesunden Kassenverhältnissen steht. Die augenblickliche Mitgliederzahl beträgt 82. Da der bisherige Vorsitzende amtsübrig war, wurde Kollege Lohrmann einstimmig als Vorsitzender gewählt. Er erläuterte in kurzen Worten die Hauptaufgaben der Organisation. Der Vorstand wird versuchen, wenn die Mitgliedschaft ihn unterstützt, alle Aufgaben im Interesse der Organisation und der Kollegenschaft zur Durchführung zu bringen.

An die Delegierten des Verbandstages zu Frankfurt a. M.

Unterzeichneter erucht um Angabe und Uebersendung der Leipziger-Vollstaus-Sammellisten. Im besonderen um die Listen Nr. 2920, 2928—2931, 2933—2943. Gesammelte Gelder sind freundlichst auf Zahlkarte 62 853 an Karl Wollen, Leipzig, einzuzahlen.

Mit kollegialem Gruß

Karl Wollen,
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 I.

Rundschau.

Die Steuerungsanlagen im Buchdruckgewerbe sollten nach den im Mai gefassten Beschlüssen bis zum 31. August Geltung haben. Tarifausschuß und Tarifamt haben jetzt aber eine hinaufsetzung des Termins bis zum 18. Oktober beschlossen. Außerdem wird eine Fristverlängerung zur Einreichung der Anträge zur Tarifänderung in folgender Bekanntmachung zur Kenntnis gebracht.

Mit Bekanntmachung vom 2. Juli hatte das Tarifamt den Termin für Einreichung von Spezialanträgen zur Änderung des Tarifs auf den 31. August festgesetzt. Die Vertreter der Tarifparteien haben dem Tarifamt jedoch inzwischen mitgeteilt, daß es ihnen nicht möglich sein werde, diesen gemäß der tariflichen Vorchrift festgesetzten Termin einzuhalten, weil Aufstellung und Vorbereitung der Anträge bis dahin nicht beendet sind.

Das Tarifamt hat deshalb im Einverständnis mit dem Tarifausschuße den Termin für Einreichung dieser Spezialanträge

bis spätestens zum 18. September

hinausgeschoben. An diesem Tage muß das Tarifamt im Besitze der Anträge sein; später einkommende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Zur Beratung der vorliegenden und bereits veröffentlichten Generalanträge und der hierzu gehörenden Spezialanträge tritt der Tarifausschuß

am 18. Oktober 1920

zur Beratung zusammen. Näheres wird den Kreisvertretern auf dem Zirkularwege mitgeteilt.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die vom Tarifausschuß in den Tagen vom 10. bis 13. Mai 1920 gefassten Beschlüsse, die zunächst nur gültig sein sollten bis zum 31. August 1920, über diesen Termin hinaus in Wirksamkeit bleiben, und daß im Einverständnis mit dem Tarifausschuße eine Aenderung dieser Beschlüsse vor dem 18. Oktober 1920 nicht stattfindet.

Berlin, 6. August 1920.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Dr. G. Breithaupt,

stellvert. Prinzipalvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Keine Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützung auf die öffentliche Erwerbslosenunterstützung. In der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 6. Mai 1920 wird im § 12 bestimmt: Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge, sind für die Beurteilung der Weirbeitsfähigkeit zur Hälfte ihres Betrages in Betracht zu ziehen und in dem gleichen Umfang auf die Unterstützung anzurechnen. Durch diese Bestimmung ist die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge betroffen, und die gewerkschaftlichen Mitglieder werden benachteiligt, indem ihnen die Erwerbslosenfürsorge um die Hälfte des Betrages gekürzt wird, den sie als Arbeitslose aus ihrer Organisation beziehen.

Nun hat sich auf Grund eines bestimmten Falles der Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes beschwerdeführend an das Reichsarbeitsministerium gewendet. In der Antwort auf diese Beschwerde, die der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns am 27. Juli erteilt hat, heißt es:

„Die Reichsregierung hat beschlossen, Unterstützungen, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit an ihre Mitglieder zahlen, künftig nicht mehr auf die Erwerbslosenfürsorge anzurechnen. Ich habe die Regierungen der Länder gebeten, die Gemeinden mit entsprechender Weisung zu versehen, falls bei den Ländern keine Bedenken gegen die Durchführung dieses Beschlusses bestehen. Ich beabsichtige, in die nächste Novelle zu der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge eine ausdrückliche Bestimmung einzufügen.“

Der Reichsarbeitsminister hat übrigens eine entsprechende Erklärung auch am 4. August im Reichstag abgegeben. Einer berechtigten Beschwerde der Gewerkschaften ist damit abgeholfen, und es gilt nun, darauf zu achten, daß die Anweisung auch in der Praxis befolgt wird. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge darf also bei der Erwerbslosenfürsorge nicht angerechnet werden.

Abrechnungen.

Abrechnungen für das 2. Quartal gingen ein:
Gau 2: Uffenberg 1217.10, Bingen 108.80, Cassel 4261.95, Darmstadt 1751.40, Eberstadt 290.70, Frankfurt a. M. 3501.60, Groß-Steinheim 4237.20, Gießen 502.40, Hanau 2496.10, Mainz 3185.54, Offenbach 2208.60, Wehlar 283.40, Wiesbaden 923.08, Worms 481.95 Mfr.

Gau 8a: Uffersleben 3212.19, Dessau 651.95, Halberstadt 1113.90, Magdeburg 7944.60, Nordhausen 1244.65, Quedlinburg 254.57, Stendal 225.—, Bernigerode 404.08, Wittenberg 427.45, Einzelsahler 664.10 Mfr.

Gau 9: Bielefeld 7908.81, Braunschweig 3985.49, Geselembünde-Bremerhaven 509.58, Goslar 726.75, Göttingen 353.77, Hannover 13 734.31, Herford 3359.61, Siedesheim 886.83, Hörter 870.62, Lüneburg 262.61, Melle 299.20, Minden 1043.88, Norden 85.—, Oldenburg 1292.35, Peine 83.57, Rühringen-Wilhelmshaven 175.70, Uelzen 10.12, Einzelzahler 17.12 Mfr.

Gau 10: Bergeborf 69.63, Bremen 2651.80, Flensburg 325.21, Güstrow 62.66, Hamburg 16 764.08, Harburg 242.—, Heide 132.—, Itzehoe 179.80, Kiel 1192.23, Lübeck 1316.47, Rostock 1478.60, Schwerin 1727.— Mfr. S. S o b a h l.

Nachruf.

Am 8. August schied unsere Kollegin

Frieda Scholz

(i. Ga. Bürger)

im Alter von 17 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Am 8. August verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unsere Kollegin

Ene Steiner

(i. Ga. Bürger)

im Alter von 84 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen

Die Zahlstelle Augsburg.

Nachruf.

Am 9. August 1920 verschied nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Verlagspater

Salob Uderath

(i. Ga. J. B. Bachem, Köln. Volkstg.)

im Alter von 61 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Mikaltdschaft der Zahlstelle Köln.